

EU-Mission "Atalanta"

Wohin mit den Piraten?

Es ist ruhig geworden um die EU-Mission "Atalanta" gegen die Piraterie vor Somalia. Doch die Ruhe täuscht: Im ersten Halbjahr 2010 wurden 27 Schiffe entführt. Die EU jagt die Piraten im Rahmen der Mission "Atalanta". Bislang landeten die Seeräuber meist vor Gericht in Kenia. Doch das Land hat ein entsprechendes Abkommen gekündigt.

Von Alexander Richter und Franz Feyder

Die Uhr tickt. Noch etwa anderthalb Monate hat die Europäische Union Zeit, um ein neues Abkommen mit Kenia abzuschließen. Doch die Verhandlungen gestalten sich schwierig. Strittig ist, welche Gegenleistung Kenia dafür erhält, dass es Gerichtsverfahren gegen die Seeräuber führt und diese im Falle einer Verurteilung auch einsperrt.

Die Regierung in Nairobi beklagt, dass ihr Land die Hauptlast bei der juristischen Aufarbeitung trage und die Nachbarstaaten bislang nur sehr wenige Piraten aufgenommen hätten. In der Tat übergab die EU mehr als 100 mutmaßliche Seeräuber, die meist aus Somalia stammen, an Kenias Justiz.

Auch deutsche Fregatten brachten seit Beginn der EU-Mission "Atalanta" Ende 2008 insgesamt 23 Verdächtige. Doch seit März ist damit Schluss: Kenia verweigert die Annahme. Wie es weitergeht, ist unklar. In einer Stellungnahme des Verteidigungsministeriums heißt es: "Neben Kenia haben sich auch die Seychellen bereit erklärt, die Strafverfolgung Piraterieverdächtiger zu übernehmen, und die Europäische Union führt Verhandlungen mit weiteren Staaten in der Region, um Übernahmeabkommen zu erreichen."

Großer Aufwand, zu wenig Ertrag?

Die Frage ist, was mit festgesetzten Seeräubern passieren soll. Der verteidigungspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Paul Schäfer, zweifelt an "Atalanta": "Natürlich hat man einige Piraten gefasst. Einige musste man laufen lassen. Aber es scheint doch eine 'never ending story' zu werden. Genau das hatten wir ja prophezeit."

Schäfer wirft auch die Frage auf, ob Aufwand und Ertrag in einem sinnvollen Verhältnis stehen. Für das aktuelle "Atalanta"-Mandat sind im Bundeshaushalt 47,4 Millionen Euro eingeplant. Derzeit ist die Besatzung der Fregatte "Schleswig-Holstein" im Einsatz - also etwa 250 Männer und Frauen. Bei diesem Aufwand erscheint der Ertrag übersichtlich: Seit Beginn der Operation vor etwa anderthalb Jahren durchsuchten laut Verteidigungsministerium deutsche Soldaten bislang 16 Mal mutmaßliche Piratenschiffe. Dabei seien ganze 37 Waffen wie Schnellfeuergewehre, Pistolen oder Bajonette sichergestellt worden. Von insgesamt 27 festgesetzten Verdächtigen wurden dem Ministerium zufolge vier wieder freigelassen.

Angesichts dieser Bilanz räumt **Rainer Stinner**, der sich in der FDP-Bundestagsfraktion seit Jahren mit den Piraten beschäftigt, Probleme bei der EU-Mission ein: "Die Wirksamkeit ist nur eingeschränkt gegeben. Wir schützen dort, wo wir sind. Das ist richtig, das ist gut. Aber dadurch ist das Phänomen der Piraterie nicht nachhaltig bekämpft."

Forderung nach Staatsaufbau in Somalia

Sowohl **Stinner** als auch der Linkspolitiker Schäfer fordern, im Kampf gegen Piraten Strukturen in Somalia zu schaffen. Doch seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges 1991 gilt das Land als unregierbar. Die somalische Zentralregierung ist machtlos. Damit ist eine funktionierende Küstenwache in weiter Ferne, von einem tragfähigen Rechtssystem ganz zu schweigen.

Die Kriegsschiffe der EU und anderer Staaten machen trotzdem weiter Jagd auf Seeräuber. Die Kommandanten müssen sich jedoch jetzt ganz genau überlegen, ob sie Verdächtige festnehmen und so riskieren, sie dauerhaft an Bord zu haben, weil kein Staat sie aufnehmen will. Wahrscheinlicher ist, dass Piraten entwaffnet und anschließend wieder in ihre eigenen Boote gesetzt werden - mit ausreichend Treibstoff, Wasser und Essen. Doch das wird das Piraterieproblem vor Ostafrika erst recht nicht lösen.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/piraten440.html>